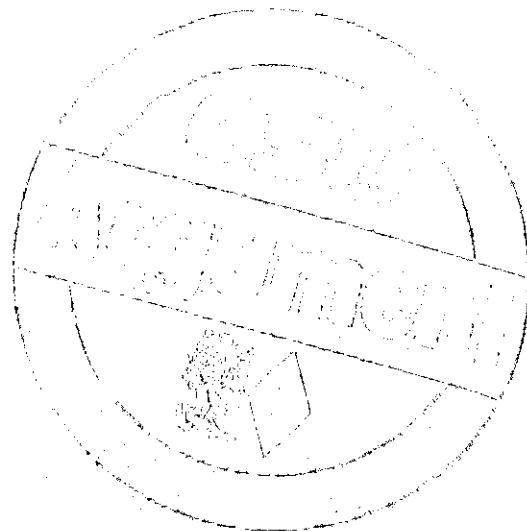


Recht auf Heimat



Recht auf Selbstbestimmung



Für die CSU ist es Aufgabe und Ziel deutscher Politik, für das ganze deutsche Volk Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit zu erringen und dazu beizutragen, einen gerechten Frieden in Europa und der Welt zu sichern. Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die angestammte Heimat sind für die CSU unabdingbare Menschenrechte. Die berechtigten Forderungen der natvertriebenen und Flüchtlinge nach Verlichung dieser Rechte werden deshalb von CSU unterstützt.

Dieser Teil unserer Bevölkerung hat einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau unseres freiheitlichen Staates geleistet.

Mit ihrem Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit, mit ihrer Ablehnung jeglicher radikalen Strömungen wurde sie zu einem stabilisierenden Faktor in unserer Gesellschaft.

Den Vertriebenen und ihren Verbänden gebührt Schutz vor Diffamierung. Ihre Tätigkeit darf nicht behindert, sondern muß weiterhin gefördert werden.

Im Freistaat Bayern wurden von 1950-1977 123.081 Aussiedler aufgenommen. Das sind rd. 14% aller Aussiedler, die aus dem kommunistischen Machtbereich in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind.

In einem »Maßnahmenkatalog zur Eingliederung der Aussiedler in Bayern« vom 15. 2. 1977 hat die Bayerische Staatsregierung umfassende Regelungen getroffen, die den Aussiedlern die berufliche, soziale und kulturelle Eingliederung sicherstellt.

Bayern hilft den Vertriebenen, Flüchtlingen, Aussiedlern

Schwerpunkte dieser Politik:

■ Berufliche Eingliederung. Anerkennung von Ausbildungsgängen, Prüfungen, Zeugnissen, Befähigungsnachweisen, Berufsbezeichnungen, Diplomen und sonstigen akademischen Graden.

■ Arbeitsvermittlung.

■ Unterbringung im öffentlichen Dienst.

■ Eingliederung von Aussiedlerlehrern.

■ Eingliederung der Selbständigen in die gewerbliche Wirtschaft.

Im Jahre 1977 wurden die Zinssätze der ERP-Darlehen für Vertriebene und Flüchtlinge und des ERP-Existenzgründungsprogramms auf 5,5% (Zonenrandgebiet 4,5%) gesenkt und die Auszahlung auf 100% angehoben.

■ Eingliederung in die Landwirtschaft.

1977 wurden in Bayern 98 Anträge von Aussiedlern auf Nebenerwerbsstellen bewilligt.

■ Wohnungsbau.

■ Gewährung von Einrichtungsdarlehen.

Vom 1. 1. 1974-31. 12. 1977 belief sich der Gesamtbetrag in Bayern auf DM 14.918.500,-.

■ Lastenausgleich.

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat in den Ausschüssen des Bundesrates bei der Beratung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung u. a. beantragt, die Antragsfrist für Aufbaudarlehen an Aussiedler von 5 auf 10 Jahre zu verlängern. Das Bundesratsplenum ist diesem Antrag gefolgt.

■ Gewährung von Steuerbegünstigungen.

Die CSU hat eine Reihe weiterer Initiativen eingeleitet und damit die Anliegen der Vertriebenen nachhaltig unterstützt:

■ 1978 wurde in Bayern ein Beschluß gefaßt mit dem Ziel, Minderheitenschutz für deutsche Volksgruppen in Kulturabkommen mit Ländern Ost(mittel)europas vertraglich zu sichern.

■ Gegen den Widerstand der SPD hat die CSU in einer Interpellation (Große Anfrage) die »Aussiedlung und Lage der Deutschen im kommunistischen Machtbereich« im Landtag im Juli 1977 erörtern lassen, um die Öffentlichkeit auf die Verletzung der Menschenrechte an Deutschen aufmerksam zu machen.

■ Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat im Oktober 1977

eine Dokumentation »über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa« zur Vorlage beim KSZE-Überprüfungstreffen in Belgrad vorgelegt. SPD und FDP lehnten es ab, eine derartige Dokumentation zu erarbeiten.

■ Neue Richtlinien für die Förderung der Ostkunde im Schulunterricht wurden 1973 herausgegeben.

■ 1977/78 wurde erstmals an bayerischen Schulen ein Schülerwettbewerb über ostkundliche Themen durchgeführt.

■ Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen werden in Bayern nicht übernommen, weil sie historische Unwahrheiten und entstellende Auslassungen über Ursachen von geschichtlichen Entwicklungen enthalten.

Die von der CSU angestrebte Versöhnung der Völker kann nur auf dem Boden historischer Wahrheit gedeihen.

■ In München wurde von der Staatsregierung das Haus des Deutschen Ostens als Mittelpunkt für die Kulturarbeit der Vertriebenen errichtet.

■ Stiftungen und Einrichtungen von Landsmannschaften werden von CSU und Staatsregierung gefördert.

SPD/FDP erfüllt kommunistische Forderungen

Die Maßnahmen der CSU in Bayern können aber leider nicht die Schäden der Bonner Ostpolitik ungeschehen machen.

Schon während der großen Koalition hatte die SPD hinter dem Rücken von Bundeskanzler Kiesinger über geheime Kontakte mit der italienischen KP den Sowjets signalisiert, daß sie bereit sei, über die Anerkennung der sowjetischen Forderungen zu verhandeln, wie sie auf der Karlsbader Konferenz von 1967 erhoben worden waren.

Hierzu gehören insbesondere:

□ Anerkennung der Endgültigkeit der bestehenden Grenzen in Europa und insbesondere der Grenzen an Oder und Neiße, sowie der Grenze zwi-

schen beiden deutschen Staaten.

□ Die Anerkennung der Existenz zweier gleichberechtigter deutscher Staaten, der »DDR« und der westdeutschen Bundesrepublik Deutschland, was von der Bundesrepublik den Verzicht auf die »Alleinvertretungsmaßnahme« erfordert;

□ Anerkennung, daß das Münchner Diktat vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig sei.

□ Die faktische Suspendierung des Karlsruher KPD-Urteils von 1956 durch die Wiederzulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland.

Was man in Bonn als neue Ostpolitik bezeichnet hatte, war die Erfüllung der Moskauer westpolitischen Forderungen.

Wiedervereinigung Deutschlands hinwirken.

□ Es gibt nur eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit, die zugleich auch die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist.

□ Ein Deutscher hat, wann immer er in den Schutzbereich der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gelangt, einen Anspruch auf den vollen Schutz der Gerichte der Bundesrepublik Deutschland und aller Garantien der Grundrechte des Grundgesetzes.

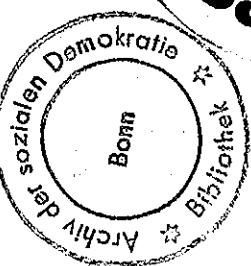
CSU-Staatsregierung klagt in Karlsruhe

Die CSU hat gerettet, was zu retten war: Sie scheute sich nicht, im Interesse aller Deutschen den Gang nach Karlsruhe anzutreten.

Nach Antrag der Bayerischen Staatsregierung auf Überprüfung hat das Bundesverfassungsgericht am 31. 7. 1973 den Grundvertrag mit dem Grundgesetz zwar für vereinbart erklärt, aber folgende Grundsätze festgelegt:

□ Alle Verfassungsorgane müssen beharrlich auf die

Herausgeber: CSU Arbeitsgemeinschaft »Union der Vertriebenen«
Vors.: Dr. Sieghart Rost, MdL
Verantwortlich: Dr. Florian Stumfall
Lazarettstr. 33, 8000 München 19





„Bayern hat nach dem Krieg die Verpflichtung übernommen, mehr als zwei Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge wirtschaftlich und sozial einzugliedern. Unser Land hat dadurch eine große Bereicherung erfahren: Der wirtschaftliche Aufschwung in Bayern wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht als zusätzliches Element der Fleiß und die Zuverlässigkeit der Heimatvertriebenen unserem gesamten Zusammenleben neue Impulse für einen fruchtbaren Wettbewerb im gemeinsamen Aufbau gegeben hätten. Sie haben uns Anregung und Erneuerung gebracht.

Die Bemühungen der CSU in Bonn wie in München seit dem Beginn der sogenannten neuen Ostpolitik waren und sind darauf gerichtet, das Recht aller Deutschen auf Heimat und Einheit in Freiheit zu bewahren. Wir setzen uns dagegen zur Wehr, daß eine sogenannte Entspannung auf Kosten vor allem der Menschen betrieben wird, die unter den kommunistischen Machthabern gelitten haben und immer noch leiden.“

Franz Josef Strauß